

um eine Wanduhr zu...  
sagte sie, indem sie ihm  
machte, und ich bin jetzt  
wir endlich durchgehebt;  
mehr tun können.  
als erkenne er Ihre  
Ihre zu verstehen zu geben,  
zuhergehenden Mädchens  
einen Blick der Trauer,

Erscheint an jedem Wert-  
tag, Befestungen nehmen  
sämtliche Botanikanten  
und Postboten entgegen.  
Bezugspreis  
im Februar N. 1200.—  
Einzelnnummer N. 50.—

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Nr. 37

Mittwoch, den 14. Februar 1923

97. Jahrgang

### Tagespiegel

Wesl und Sumnerich sind am Dienstag vormittag von  
flachen belgischen Truppenabteilungen beschl. worden. Die  
Landskrieger sind von belgischen Militärkolonnen gefüllt.  
Das „Echo de Paris“ schreibt, auch die Besetzung von  
Darmstadt werde sich als notwendig erweisen.  
Der Bruder des irischen Innenministers Higgins und  
Schwager des Generalgouverneurs Healy ist von Sinesien  
ermordet worden.  
Der von der französischen Regierung gemachte Vorschlag,  
einen 10 Kilometer breiten Streifen im nordwestlichen Be-  
setzungsgebiet der Engländer den Franzosen zu überlassen,  
wird nach einer Neutermeldung von der britischen Regierung  
„erwogen“. Die Frage der Ueberlassung der Eisenbahnen  
bedürfte keiner Antwort, da sie eine „rein akademische“ sei.  
Das heißt, die Franzosen können die Bahnen zur Kosten-  
abfuhr nach Belieben benutzen. „Wohlmollende Reintro-  
duktion“.

Ismed Pascha ist in Smyrna eingetroffen.

### Britische Kriegswerbung

Wie Amerika eingefangen wurde.  
Dem Hamb. Fremdenblatt wird aus Newyork berichtet:  
Der neueste Band der „Encyclopädie Britannica“ enthält  
einen längeren Artikel über Werbearbeit im allgemeinen und  
Kriegswerbearbeit im besonderen. Die „Encyclopädie Britanica“  
ist in den Vereinigten Staaten weit verbreitet. Sie  
berichtet hier für England, englische Ideen und englische  
Befreiungen sehr wirksame Werbearbeit, und sie macht kein  
Geheimnis daraus, daß sie auf diese Werbearbeit berechnet  
ist. Der Verfasser des in Frage kommenden Artikels stand  
während des Kriegs im Dienste der britischen Werbearbeit,  
spricht also aus unmittelbarer Erfahrung. Deshalb sind seine  
Ausführungen von ganz besonderem Interesse für Deutsch-  
land, denn drüben weiß man ja am allerbesten, wie die bri-  
tische Arbeit während des großen Kriegs zum Nachteil  
Deutschlands die Welt vergiftet, und wieviel sie zur Zer-  
störung des Siegeswillens des deutschen Volks beigetra-  
gen hat.

Der Verfasser leidet seine Ausführungen mit der Be-  
merkung ein, eines der erfolgreichsten Mittel der  
Werbearbeit sei die Wahrheit. Als Zweck der britischen  
Werbearbeit im letzten Krieg gibt der Verfasser an: Be-  
einflussung der öffentlichen Meinung dabei in den neu-  
tralen Ländern, in den Ländern der Verbündeten, in  
den feindlichen Ländern. Für die Propaganda daheim  
betrachtet er sogenannte moralische Appelle als außer-  
ordentlich wirksam. Wörtlich schreibt er: „Die Werbearbeit  
wird darauf bestehen, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg  
sei oder wenigstens zu einem selbstlosen Zweck geführt werde,  
daß der Krieg für die Wohlfahrt der Welt geführt werde  
und ein dauernder Triumph des Rechts über das Unrecht sein  
werde. Die skandalöse Aufführung des Feindes, seine un-  
nötigen Grausamkeiten, seine Verachtung des Völkerrechts —  
das alles sind für die Propaganda Sachen von Wichtigkeit.“  
Die Neutralen wurden von der Werbearbeit mit ähn-  
lichen Verlogenheiten bearbeitet wie die Bevölkerung daheim.  
„Große Sorgfalt muß darauf verwendet werden“, schreibt der  
Verfasser, „die Notwendigkeit der Schritte darzutun, die in  
die Rechte der Neutralen eingreifen, oder gar den Neutralen  
direkten Schaden zufügen. Die gleiche Sorgfalt ist darauf zu  
verwenden, den Neutralen die Ueberzeugung beizubringen,  
daß der erstrebte Sieg eine Wohltat auch für sie sein würde.“  
Auch in den Ländern der Verbündeten gibt es nach den  
Ausführungen des Verfassers Aufgaben heftiger Natur zu er-  
ledigen. Vor allem handelt es sich darum, Interessenskreise  
nicht aufkommen zu lassen oder, wo sie trotz aller Vorsicht  
entstanden sind, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von  
ihnen abzulenken.

Die Siegesgewissheit, so hören wir von dem Verfasser,  
wird wesentlich gefördert durch Werbearbeit in den feind-  
lichen Ländern. Ihre Aufgabe ist eine zweifache — sie soll  
Unzufriedenheit erregen unter den Verbündeten des  
feindlichen Landes und Unzufriedenheit unter der feind-  
lichen Bevölkerung. Ein beliebtes Mittel dieser Ar-  
beit ist das Einschmuggeln neutraler Zei-  
tungen, die für die Zwecke der Werbearbeit gekauft  
worden sind. Wie die britische Arbeit im letzten Krieg in die-  
ser Beziehung wirkte, erfährt man aus den vom Verfasser  
mitgeteilten Einzelheiten. Ihre Veröffentlichungen umfassen  
eine große Anzahl illustrierter Zeitschriften, Flugschriften und  
Bücher. Sie unterhielt allein sechs Zeitungen, die alle vier-  
zehn Tage in orientalischer Sprache erschienen. Ähnliche  
Veröffentlichungen wurden in allen neutralen Län-  
dern Europas unterhalten. In ihrem Auftrag wurden  
ganze Meilen von Wandzeitungen fabriziert. Das Londoner  
Reuter Bureau wickelte jede Woche mehr als eine Million  
Worte Propagandamaterial über die halbe Welt. Jede Woche  
wurden vierhundert Artikel per Post an die ausländische  
Presse geschickt.  
Mit großem Lob spricht der Verfasser von der Tätigkeit  
Korrespondenten, der zu Beginn des Jahres 1918 die Zeitung

der Propaganda in den feindlichen Ländern übernahm, seine  
Absicht war, die Oesterreicher dadurch ihren deutschen  
Verbündeten zu entfremden, daß er ihnen Hoffnung auf Er-  
haltung ihres Besitzes machte, wenn sie den Wünschen der  
Verbündeten entgegenkämen; gleichzeitig aber wollte er die  
Hoffnungen der von Oesterreich weitestgehenden Ungarn,  
Tschechen und Jugoslawen nähren. Die Lage wurde dadurch  
noch verwickelter, daß man Stellen, um es für den Ein-  
tritt in den Krieg zu gewinnen, die Anwartschaft auf gewisse  
österreichische Gebiete gegeben hätte. Bei seinen Be-  
wehungen, die Deutschen in einen einschließlichen Friedens-  
willen hineinzumandrieren, hatte Korrespondent damit zu rech-  
nen, daß er außerstande war, über die Natur des Friedens,  
den seine Regierung anjubeln genügt sei, Auskunft zu ge-  
ben. Auch die vierzehn Punkte Wilsons wählten  
Korrespondent die Sorge. Offenbar fürchtete er, zu viel gutmütige  
Leute könnten das Wilsonsche Programm ernst nehmen, ob-  
schon er zweifellos gewußt hat, daß Wilson selbst es nicht  
ernst nahm. Wilson hatte auch dem russischen Volk Un-  
verträglichkeit seines Gebiets zugesichert. Korrespondent  
den verschiedenen Vorkäufen des ehemaligen Zarereichs  
das Recht, ihre Regierungsform selbst zu bestimmen und  
stellte ihnen dafür die Hilfe der Verbündeten in Aussicht.  
Man muß den Artikel in der „Encyclopädie Britannica“  
gelesen haben, um zu begreifen, wie es möglich war, daß  
Wilson es wagen konnte, das amerikanische Volk in einen  
Krieg zu führen, von dem es noch im Herbst 1916 nichts  
wissen mochte. Korrespondent hat einmal den Ausbruch getan,  
das amerikanische Volk sei wie eine Herde Schafe, die jedem  
Leitwurm folgen, ohne viel zu fragen, wohin die Fahrt  
gehe. Auf diese Ansicht ist die britische Werbearbeit in  
Amerika eingestellt gewesen, und das ist die richtige Ansicht  
war, hat der Erfolg bewiesen. Man sagt, England habe sich  
keine Werbearbeit in den Vereinigten Staaten mehrere  
hundert Millionen Dollar kosten lassen. Dafür ist  
der Erfolg billig gewesen. Das amerikanische Volk hat die  
Blindheit, mit der es auf den britischen bluff einging, mit  
dem Verlust von mehreren hunderttausend Menschenleben und  
einer hübschen Reihe von Milliarden Dollar büßen müssen.

### Pfändung der Luftfahrt?

Poincarés nächste Sanktion  
Die Eisen- und Stahlblockade scheint nicht der letzte  
Schachzug Poincarés im Ruhrkrieg zu sein. Er hat noch  
eine ganz besondere Sanktion auf der Platte, nämlich eine  
Pfändungspolitik gegen die deutsche Zivilluftfahrt. Da  
hierbei doch allgem. öffentliche Interessen der Verbündeten  
und der Neutralen berührt werden, vermeldet Poincaré vor-  
läufig noch militärische Gewaltakte und diplomatische Befehle.  
Er arbeitet vielmehr mit der teils gefügigen, teils gefnebelten  
französischen Presse und auf dem Umweg über das Publi-  
kum. Am 9. Januar d. J., also an dem Tag, da der Ruhr-  
überfall als erster Schlag der Pfändungspolitik eingeleitet  
wurde, erschien im „Echo de Paris“ ein Artikel mit dem Titel  
„Weitere Pfändungspolitik“, scheinbar eine Privatarbeit,  
gezeichnet von Henri de Kerillis, in Wahrheit von antiker  
Seite veranlaßt. Der Gedankengang des Artikels: Die  
Pfändungspolitik der französischen Regierung bietet die viel-  
leicht niemals wiederkehrende Gelegenheit, die Gefahr der  
deutschen Luftfahrt zu beseitigen. Flugmaschinen und Luft-  
schiffe sind für Deutschland ein Luxus. Es hat ja keine  
Straßen und Eisenbahnen. Der ganze Apparat an Wer-  
stätten, Flughäfen, Schulen, Personal kann über Nacht für  
einen Luftstreik umgestellt werden. Statt seine Schulden zu  
bezahlen, verschwendet Deutschland enorme Summen für die  
Flugtechnik, um die ihm augenötigen Beschränkungen und  
Bourgeoisie zu umgehen. Man zwingt es zur Sparmaßnahme  
Man beschlagnahme jegliche deutsche Luftfahrt!  
Eine Woche lang folgten dann tagtäglich im „Echo de  
Paris“, freundlich gesteuert von der Behörde, Neuherungen  
führender Männer zu dem aufgeworfenen Thema. Wir  
nennen nur: Loucheur, Richelin, Lardieu, Henri de Jouvenel  
(der erste französische Vertreter beim Völkerbund), auch der  
bekannte Abbe Wetterlé sowie eine ganze Reihe von  
überredenden Militärs und Parlamentariern aus allen  
Gegebenen Frankreichs. Alle bestätigten sie dem „verdientvollen  
Anregers“ im „Echo de Paris“, daß der Augenblick gekommen  
sei, um die Dummheit wieder gut zu machen, die man im  
Versailler Vertrag begangen habe, als man die deutsche Luft-  
fahrt am Leben, wenn auch bei schwachen Atem ließ.  
Aber dieses Geschreibe war nur die Vorbereitung für das,  
was nun kommen sollte: eine Bittschrift des Publikums  
an die Regierung, Tag für Tag im „Echo de Paris“ abge-  
druckt, von der Hammelherde der französischen Pressen-  
nachgedruckt, hergerichtet zum Ausschneiden und Unter-  
schriften sammeln in Familien- und Bekanntenkreisen. So  
wird das gemacht! Die Listen mit den Hunderttausenden von  
Ramen des reichen Bürgertums erhielt die Regierung feierlich  
überreicht. Nun hat Herr Poincaré für den geplanten neuen  
Rechtsbruch ein Instrument in der Hand. Er kann sich auf die  
sogenannte öffentliche Meinung Frankreichs berufen. Prompt  
erhielt auch im „Echo de Paris“ ein Schlusswort des ganz  
privaten Herrn H. de Kerillis mit dem Programm: Die  
Deutschland keine Schuld an Frankreich gelte hat, wird

ihm verboten: der Bau von Luftfahrzeugen jeglicher Art  
die Errichtung von Flugschulen und Übungsstätten, der Ein-  
tritt Deutscher in ausländische Luftfahrtgesellschaften, die  
Uebernahme russischer, türkischer, bulgarischer, österreichischer  
holländischer und geschlicher Flugzeuge. In jedem deutschen  
Flughafen, der für den Handelsluftverkehr der Verbündeten  
in Betracht kommt, wird auf Deutschlands Kosten ein  
französischer, wenn es gewünscht wird, auch je ein  
Kontrollleur der anderen Verbündeten angestellt. Jede be-  
stehende deutsche Flugzeugfabrik erhält einen französischen  
Ueberwachungsbeamten, den Deutschland bezahlt. Endlich:  
Die verbündeten Länder erhalten freie Bahn für ihre  
Flugzeuge über ganz Deutschland.

Diese letzte Forderung, die im Vergleich zu den anderen  
Ungeheuerlichkeiten noch am wenigsten unverwundlich klingt,  
hat ihre besondere Bedeutung für Poincaré. Er muß sich  
nämlich mit seinem neuen Sanktionsplan belegen: Anfang  
April beginnt die neue Luftverkehrsperiode. Seit 1. Januar  
1923 hat aber Deutschland auf Grund des Versailler Ver-  
trages wieder das Recht, ausländischen Zivilluftzeugen das  
Ueberfliegen seines Hoheitsgebiets und das Landen in ihm zu  
verbieten. Es besteht die Absicht, von diesem Recht schon  
derhalb Gebrauch zu machen, weil die deutsche Flugindustrie  
mit ihren stark eingeschnürten Maschinen gegen die Sieger-  
konkurrenz der Linien Paris—Straßburg—Brag—Warschau  
und Prag—Wien—Budapest—Balkan—Orient der von Frank-  
reich bezahlten Compagnie Franco-Roumaine einfach nicht  
aukkäme. Diese deutsche Absicht, von einem vertriebenen Reich  
Gebrauch zu machen, will Poincaré durch einen neuen uner-  
hörten Rechtsbruch durchkreuzen. Wird er es wagen? Wahr-  
scheinlich wird er den Schritt von seinem „Kriegsplan“ im  
Ruhreschlag abhängig machen. Der deutsche Widerstand muß  
sich deshalb verdoppeln, nein verzehnfachen!

### Der Reichspräsident in Karlsruhe

M. Karlsruhe, 12. Februar.  
Um 3 1/2 Uhr war der kleine Festhallaesaal  
der Schaulplatz einer vaterländischen Kundgebung. Reichs-  
präsident Ebert, das gesamte badische Kabinett,  
Vertreter des Landtags, amtlicher und wirtschaftlicher  
Körperschaften aus dem ganzen Land waren anwesend. Auch  
der würd. Staatspräsident Dr. Hieber war erschienen.  
Nachdem der badische Staatspräsident Kemmle auf die  
Richtigkeit des französischen Vorwands für die Besetzung bad-  
ischen Gebiets hingewiesen und seitens der badischen Re-  
gierung die Versicherung abgegeben hatte, daß Baden un-  
wandelbar zum Reich stehen werde, nahm der Reichsprä-  
sident das Wort:

Unter dem Deckmantel der Ausführung des Friedensver-  
trags haben unsere Gegner trotz unseres durch die Laten-  
tanden guten Willens die Jahre seit dem Waffenstillstand  
uns zu einem qualvollen Leidenweg gemacht. Was Frank-  
reich und Belgien über jetzt unternommen haben, ist bei-  
spiellose, schändliche Gewalttat, die den Friedensver-  
trag offen verkehrt und die Rechte der Völker, wie der Men-  
schen mit Füßen tritt. Das Ruhrgebiet ist unter willkür-  
lichem Mißbrauch der Waffenmacht besetzt worden, unter dem  
Vorwand, Deutschland sei mit einigen Prozenten der un-  
differenziert unerfüllbar hohen Kohlenlieferungen im Rückstand  
badisches Gebiet mit der seitlangem Begründung  
Deutschland habe zwei internationale Zugversäge eingestell-  
t. Kann man sich einen größeren Hohn auf das Völkerrecht den-  
ken, als diese Begründung! Um ein paar tausend Tonne  
Kohlen mehr zu bekommen, setzt man ein kriegermäßig aus-  
gerüstetes Heer in Bewegung, das Gewalttat und Bedrohung  
in ein friedliches, feig schaffendes Land trägt; wegen zweier  
Zugversäge, die aus Gründen der Kohlenenergieausfall ausfallen  
mühten, wird das schöne und fruchtbare Land am Hang des  
Schwarzwalds unter französische Bojoneite gebracht! Wie  
bleiben da Recht und Freiheit, wo bleiben Menschen- und  
Völkerrechte, von denen jenseits des Rheins während und  
nach dem Krieg soviel die Rede war! Ist das der Sinn des  
Vertrags von Versailles, daß jede der „Siegermächte“ Deut-  
schland willkürlich vergewaltigen und knechten kann? Gegen  
diese Gewalttaten erheben wir hier erneut vor dem  
deutschen Volk und vor der ganzen Welt freierlichen Einspruch.  
Wir legen Verwahrung ein gegen die Bluttaten, die  
körperliche und geistige Bedrohung und Bedrückung einer  
friedlichen, arbeitssamen und hart tuldenden Bevölkerung.  
Wir rufen die Welt zum Zeugen an, was tagtäglich an Hand-  
lungen der Brutalität und unmenschlicher Will-  
tür in den besetzten Gebieten geschieht. Für alle Deutschen  
aber ist es heilige Pflicht, zusammenzutreten mit un-  
seren unterdrückten Brüdern und Schwestern; ihnen Hilfe  
zu leisten, wenn sie es ablehnen, den Eindringlingen  
Staatsdienste zu leisten; ihnen zu helfen, die harten Tage  
der Fremdherrschaft zu bestehen. Mit Gefühlen tiefer Dank-  
barkeit gedenken wir der Beamten, der Arbeiter und  
der Unternehmer, die in ausopfernder Treue ihre Frei-  
heit und ihre Existenz eingesetzt haben und täglich neu ein-  
setzen, um die gegnerischen Anschläge zu vereiteln. Was sie  
damit für das deutsche Volk getan haben, wollen wir ihnen  
nie vergessen. In diesen Tagen, da fremde Gewalt in unser  
Land hereingebrochen ist, muß alles zurückstehen, was uns

12. Febr. 1923.  
Krayl  
ann  
Lhr nach langen,  
er von 50% Jahren  
379  
interbliebenen.  
sch nachm. 1 Uhr.  
verfügt sonstigen, jugendlichen  
wird u. ein fein. arter Teint.  
alles dies erzeugt die eckte  
Siedenkraft-Seele  
die beste Lillienmilchschale  
V. Bergmann & Co., Kadelweil.  
Überall zu haben  
-Droz, Gehr, Benz und  
Bökle, Friseur. 1337  
Kg. 210 Mark  
650  
60  
50-100  
Metalle und alt Eisen  
377  
riefe  
nen Ausführungen  
mpfiehlt  
andlung, Nagold.  
monatlich  
schafter“ bei  
hefte bestellt  
itung kostet  
alben Monat  
ark!

an Bestandhaltung und politischer Ansicht trennt. Die Opferwilligkeit, die sich in den Spenden zur Rührhilfe so glänzend bekundet, soll auch unser Handeln und Denken beherrschen. Dem badischen Volk gilt heute insbesondere unser Gruß. Wir vertrauen, daß es in der gleichen Besonnenen Ruhe und Selbstbeherrschung fest bleibt, wie unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr. Der Schlag, der hier gegen uns geführt wird, richtet sich gegen die Einheit des Reichs. Auch er wird, dessen sind wir gewiß, zerfallen am festen Willen und der sicheren Treue des badischen Volks. Die Zeiten, wo man Nord und Süd in Deutschland trennen konnte, sind vorbei. Wenn wir in diesen Schicksalstagen alle Kräfte zusammennehmen, werden wir auch dieser Anschläge auf unser nationales Leben Herr werden. In dieser entschlossenen, zähen Abwehr erhoffen wir eine bessere Zukunft unseres schwer geprüften Volkes, im Bewußtsein unserer Einigkeit und unseres Rechtes, im Kampf um unsere Freiheit.

Nach dem Reichspräsidenten sprach der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber: Die Kunde von dem Einbringen der Franzosen in badisches Gebiet ist von dem schwäbischen Land und dem schwäbischen Volk mit einmütiger Entrüstung aufgenommen worden. Ich überbringe die Versicherung einmütiger, herzlichster Teilnahme an dem Schicksal des badischen Landes und Volkes. Mit dieser Entrüstung verbindet sich bei uns die Befürchtung, daß dieser neue Rechtsbruch nicht an den Hängen des Schwarzwalds Halt machen werde. Sollte aber bei den Franzosen die Hoffnung bestehen, und ich glaube, Anhaltspunkte dafür zu haben, daß sie sich solchen Hoffnungen hingeben, zwischen den Norden und den Süden Deutschlands einen wirtschaftlichen Keil zu treiben und dadurch auch politisch eine Trennungslinie zu ziehen, so möchte ich an dieser Stelle vor aller Öffentlichkeit die Versicherung abgeben, daß bei uns zu Bande kein Mensch, ohne Unterschied der Partei, irgendwieweitläufigtand unter unbedingten Zusammengehörigkeit mit dem übrigen Deutschen Reich und daß man in Frankreich jede, auch die leiseste Hoffnung, begraben muß, irgendwo einen Anhaltspunkt für einen derartigen Verrat zu finden. Wir stehen unbedingt auf dem Boden der Zugehörigkeit zum Reich auf Gedeih und Verderb.

Das feierliche Gelöbnis unbedingter Reichstreue und unbedingten Ausschaltens auch bei weiteren Besetzungen deutschen Landes liegt dann im Namen der Stadt Karlsruhe Oberbürgermeister Dr. Finter ab. Ihm folgte Oberbürgermeister Höller aus Offenburg, der ebenfalls freies Ausschaltens der Bevölkerung gelobte. Treuegelöbnisse legten ferner ab: Oberamtmann Schalte-Karlsruhe im Namen der badischen Beamenschaft; Oberbürgermeister Dr. Walz-Heidelberg im Namen der Stadt Heidelberg; Handelskammerpräsident Gessel-Karlsruhe im Namen der Industrie und des Handels; Bürgermeister Gugelmeyer-Wrösch im Namen des badischen Städtebunds; Gemeindevorstand Schäfer für den Verband der Angestellten von Holz-Soar und Baden; ferner ein Vertreter der Arbeiterschaft und der Betriebsräte, sowie ein Vertreter des Landesverbandes des deutschen Gewerkschaftsbunds, ferner Stadtrat Groß-Rammheim für das badische Handwerk, Rektor Freytag von der Techn. Hochschule Karlsruhe für den Senat der Hochschule, Bürgermeister Menges für die badischen kleineren Gemeinden, Direktor Müller für die badische Landwirtschaft. Reichspräsident Dr. Eiserles darauf hin, daß ein Heer von französischen Spionen und Volkspfehlern in Deutschland herumtrife, um namentlich in Eisenbahnhöfen 2. und 4. Klasse die Stimmung zu verderben. Der Minister schloß mit den Worten:

Ein Volk, ein Wille, ein Ziel!

Ein Schlusswort des badischen Staatspräsidenten Wendels. Er eindringliche Rundgebung. Abends 10 Uhr fand auf dem Schloßplatz eine Rundgebung vor dem Reichspräsidenten statt, an der sich die Studentenschaft der Techn. Hochschule und eine Reihe von Vereinen beteiligten.

## Der Entscheidung entgegen

„Im Kriegszustand“

Newport, 13. Febr. Die Newporter Blätter wollen aus Paris erfahren haben, daß die französische Regierung beabsichtigt, den Kriegszustand zu erklären, um Deutschland gegenüber volle freie Hand zu haben.

### Entwaffnung der Schutzpolizei

Necklinghausen, 13. Febr. Eine französische Abteilung verlangte in der Kaserne der Schutzpolizei die Ablieferung der Waffen. Nach Verhandlungen mit dem Führer wurden die Karabiner und Revolver mitgenommen. Die Pistolen wurden der Polizei belassen.

Die Jochen „Ewald“ und „Eckenschmink“ sind von den Franzosen mittags besetzt und drei Mitglieder des Betriebsrats verhaftet worden, die dann aber wieder freigelassen wurden. Die Vergleiche verließen die Schächte.

Regierungspräsident Dr. Haslinde hat bei General Denoignes in Düsseldorf gegen das Wälen des Generals Laiglot Einspruch erhoben.

### Ein Festschlag

Essen, 13. Febr. Die französische Regierung hat das Verbot der Ein- und Ausfuhr von Industrieerzeugnissen im besetzten Gebiet zurückgenommen oder doch dahin beschränkt, daß der Warenverkehr einer Genehmigung des Ein- und Ausfuhrbewilligungsamts in Essn und einer Abgabe von 10 Prozent des Werts unterworfen sein soll.

Die Rheinlandkommission hat dieselbe Anordnung für die Ausfuhr von Farbstoffen, Düngemitteln und Samen aller Art aus den besetzten Gebieten getroffen.

Aus Essen und anderen Städten der besetzten Gebiete werden wieder viele schwere Ausschreitungen der Franzosen und Belgier gegen Beamte und die Bevölkerung gemeldet, wobei Schusswaffen, Bajonette Gewehrkolben und namentlich die Reithelmschilde eine Rolle spielen.

Essen, 13. Febr. Der bisher schon stark eingeschränkte Telegraphenverkehr ist seit gestern nachmittags ganz ausgesetzt. Ohne schwere Ausschreitungen der Franzosen gegen

Beamte und Mitglieder der Schutzpolizei ist es nicht abgegangen.

### Kraftwagenraub

Frankfurt a. M., 13. Febr. Ueber alle von Frankfurt nach dem besetzten Gebiet führenden Straßen sind von den Marokkanern Schlagbäume in den französischen Farben errichtet worden. Kraftwagen, die ahnungslos ins besetzte Gebiet fuhren, wurden unbeanstandet durchgelassen, aber jenseits der Schlagbäume wurden sie von den Franzosen beschlagnahmt. Zahlreiche Wagenbesitzer sind um ihre Wagen gekommen. — Die Beschlagnahme der Kraftwagen wird im ganzen besetzten Gebiet durchgeführt. In Dortmund verlangte der französische General allein für das Kommando weitere 72 Personenkraftwagen, die die Stadtverwaltung in kürzester Frist zu beschaffen habe. Der Oberbürgermeister lehnte es ab und erhob wegen der bereits beschlagnahmten Privatwagen Widerpruch.

Bei Morsdorf raubten die Franzosen den Postwagen und den Postwagen eines Personenzugs vollständig aus. — Im Bezirk Ludwigschafen ist jeder Güterverkehr nach dem unbesetzten Deutschland auf der Bahn und auf den Straßen gesperrt.

Wiesbaden, 13. Febr. Regierungspräsident Hänisch wurde aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

### Verfuch der konfessionellen Berhebung

Brüssel, 13. Febr. Die Zeitung „20. Jahrhundert“ schreibt, die Besetzung Offenburg sei als Strafmaßnahme deshalb gewählt worden, um einen Keil zwischen Nord- und Süddeutschland einzutreiben. Die Besetzung sei zweifellos die Einleitung zum Vormarsch der Franzosen nach der tschechischen Grenze, nach dem Main, Würzburg und Nürnberg. Eine derartige Besetzungslinie würde das Deutsche Reich in zwei Teile zerschneiden. Die Verbündeten würden also das ganze katholische Deutschland in der Hand haben, bei dem die „Preußen“ besonders verhaßt sind und das uns (Belgiern und Franzosen) am wenigsten feindselig gesinnt ist.

Nachdem die Spekulation auf die Klaffengegenstände an der Reichsstraße — überwiegend katholischen — Arbeiter des Rheinlands und Ruhrgebiets gestillert ist, will man es im Feindeslager, wo man übrigens keine Ahnung davon zu haben scheint, wo Offenburg und Nürnberg liegt, mit der konfessionellen Berhebung versuchen, anscheinend ohne zu wissen, daß es in „Preußen“ viele Millionen Katholiken und in Süddeutschland viele Millionen Protestanten gibt. Den katholischen Deutschen die größere Reizung zum Bundesverrat zuzutreiben, ist eine empörende Niederträchtigkeit. Sind den Feinden die von glühender Vaterlandsliebe zeugenden Reden und Predigten des Kardinals Faulhaber in München und die Aufrufe und flammenden Proteste des Kardinals Schulte in Köln unbekannt geblieben? Gewiß nicht. Aber auch diese teuflische Spekulation wird sie trügen.

### Der Markt in Papiermarkt

Paris, 13. Febr. „Devoire“ schreibt dadurch, daß in den besetzten Gebieten noch keine besondere Währung geschaffen sei, sei die französische Regierung genötigt, für ihre Zahlungen an Ort und Stelle jeder Morgen 500 Millionen Papiermarkt zu kaufen. Obgleich dieser Betrag nur etwa der Summe von 200 000 K. entspreche, habe sich doch ein richtiger Markt für die Papiermarkt mit Händlern usw. gebildet.

### Die deutsche Antwort — kurz und bündig

Berlin, 13. Febr. Auf die Note der französischen Regierung vom 10. Februar, die deutschen Ministern die Einsätze in das besetzte Gebiet verbietet, hat die Reichsregierung durch eine Gegennote geantwortet, daß die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Staaten es ablehnen, Vorschriften über das Verhalten ihrer Minister von fremden Regierungen entgegenzunehmen.

### Dank des Reichskanzlers an die schwedischen Bischöfe

Berlin, 13. Febr. Der Reichskanzler hat auf das Telegramm der schwedischen Bischöfe mit folgender Depesche an den Bischof Söderblom in Upsala geantwortet: Tief bewegt durch die edlen Worte der Teilnahme an der auf uns lastenden Not spreche ich Ihnen, Herr Bischof, und den Bischöfen Schwedens zugleich im Namen der Reichsregierung aufrichtigsten Dank aus. Gleich Ihnen hoffe ich das deutsche Volk mit jener Zuversicht, die nur aus der stillen Kraft erwachsen kann, daß die rechtzeitige Rückkehr der Welt zum Sermunt, zum Recht und zum gegenseitigen Vertrauen Europa und die menschliche Gesellschaft noch vor dem Untergang bewahren wird. In dieser Zuversicht und mit diesem Wunsche mich mit den berufenen Dienern der Kirche in Schweden eins zu wissen, gereicht mir zur dankbaren Begnugung. (Ges.): Cuno.

### Nachtsunruhe Verdächtigungen

Berlin, 13. Febr. Es werden Gerüchte ausgesprengt, als ob die Sammlungen für das Volksoffer in Deutschland nicht für die Kollidenden, sondern zur Beschaffung von Waffen verwendet werden. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß die Verteilung des Volksoffers von einem großen Ausschuss, an dessen Spitze der Reichskanzler steht, und der aus allen Parteien zusammengesetzt ist, überwacht wird. Schon in voriger Woche wurden durch die französische Nachrichtenagentur Havas solche Verdächtigungen verbreitet.

### Für die besetzten Gebiete

Berlin, 13. Febr. Die Deutschen in Schanghai (China) haben als erste Gabe für die besetzten Gebiete 70 000 Goldmark (nach dem Umrechnungskurs in engl. Pfund etwa 420 Millionen Papiermarkt) abgepfandt.

Der Kreislandbund Beeslow-Storkow (Brandenburg) hat 270 Jtr. Wehl und 8 Millionen Mark in bar gesammelt.

Der Deutsche Offizierbund überwies dem Reichskanzler als ersten Beitrag 1 Million Mark.

Von Reichsdeutschen in Oesterreich und österreichischen Vereinigungen sind für die besetzten Gebiete aus Wien und Linz in den letzten Tagen 95 Millionen Kronen eingegangen.

„Bewusstlos“ (1914) ...

## Deutscher Reichstag

Das Notgesetz

Berlin, 13. Februar.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker begründet dem Entwurf des Notgesetzes, das der Regierung gewisse Vollmachten zur Eindämmung des Alkoholverbrauchs, des übermäßigen Luftverkehrs, zur Bekämpfung des Wuchers und zur Abhilfe der Wohnungsnot der Flüchtlinge aus dem besetzten Gebieten überträgt. Der Minister erklärt, dem organisierten Krieg der Gewalt setze Deutschland den einmütigen entschlossenen Willen der Abwehr bis zum äußersten entgegen. Der Reichstag müsse der Bevölkerung am Rhein zeigen, daß er hinter ihr steht.

Abg. Sollmann (Soz.): Das Schlimmste sei zu vermeiden, aber Franzosen und Belgier dürfe man nicht allgemein ausweisen. Der Reichstag könne die Sozialdemokratische Partei nicht zustimmen. Die Regierung müsse unter der demokratischen Überwachung bleiben. Hoffentlich komme die Stimmung von 1914 nicht wieder.

Abg. Erzing (Ztr.) weist die Versuche, einen Keil in die Abwehrfront zu treiben, zurück. Der einmütige Widerstand der Ruhrbevölkerung erfülle das ganze deutsche Volk mit Stolz und Bewunderung.

Die Vorlage wird dem Reichsausschuss überwiesen.

## Württemberg

Stuttgart, 13. Febr. Unsinnige Gerüchte. Staatspräsident Dr. Hieber erklärte einem Zeitungsvertreter gegenüber, die im Land umgehenden Gerüchte, daß die württembergische Regierung mit den Franzosen Sonderabmachungen über die Kohlenversorgung und andere Dinge treffen werde, seien hinfällig. Württemberg stehe sich unbedingt hinter die Politik des Reichs; die Regierung denke nicht an Sonderverhandlungen und habe auch kein diesbezügliches Angebot bekommen.

Die Gerüchte sind auf eine Rede des Arbeitsministers Keil in einer sozialdemokratischen Versammlung in Rarbach am 4. Februar zurückzuführen, die in auffallend hartem Gegensatz zu der bisher von der württembergischen Regierung kundgegebenen Stellungnahme zur gegenwärtigen Reichsregierung stand. Minister Keil behauptete u. a., die Regierung Cuno habe das deutsche Volk in die gegenwärtige gefährliche Lage „hineingesteuert“; die Gefahr hätte sich umschließen lassen, wenn die Sozialdemokratie in der Reichsregierung wäre. Deutschland müsse die ihm auferlegte Kriegsschuldigung erfüllen, zu Verhandlungen mit Frankreich bereit sein usw. Staatspräsident Hieber hat dagegen wiederholt im Landtag und sonst, z. B. neulich in Karlsruhe, erklärt, die Forderungen Frankreichs seien abschließend als unzulässig aufgestellt; würde es den Franzosen gelingen, den deutschen Widerstand zu brechen, so hätte Deutschland den Krieg zum zweiten Mal verloren. Keil sprach sich auch Reichspräsident Ebert in Karlsruhe aus.

Stuttgart, 13. Febr. Die leidige Straßenbahn. Die Straßenbahndirektion gibt heute bekannt, daß sie vom 14. Februar an die Fahrpreise um nicht weniger als die Hälfte erhöht und daß für Monatskarten für den Rest des Monats 1200 bzw. 1500 Mark nachzuzahlen sind. Der Wunsch über die endlosen Preissteigerungen ist in Stuttgart allgemein.

Die Fahrpreise betragen für einmalige Fahrten 150, 180, 220 und 250 Mark. Im Betrieb werden einschneidende Änderungen und Einschränkungen durchgeführt.

Aufhebung von Postämtern. Das Postamt 14 in Stuttgart (Hohenheimerstraße) und Postamt 3 in Cannstatt (Paulinenstraße) werden aufgehoben, weil der Verkehr infolge der andauernden Gebührenerhöhungen so stark abgenommen hat, daß es nicht mehr lohnt, in diesen Stadtteilen besondere Postämter zu unterhalten. Eine Sammlung des Personals des Postämtes für das Deutsche Volksoffer für die besetzten Gebiete ergab 582 000 Mark.

Die Schweinehaltung durch Stuttgarter Milchhändler wird künftig von der Genehmigung durch das Lebensmittelamt abhängig gemacht, wodurch die Verfälschung von Milch verhindert werden soll.

Weinsberg, 13. Febr. Gasvergiftung. Die 18jährige, in Heilbronn bedienstete Tochter Luise des Weingärtners Häberlein wurde in ihrem Zimmer tot aufgefunden. Sie scheint mit dem Gasohlen in Berührung gekommen zu sein, jedoch das Gas ungehindert ausströmen konnte.

Weinsberg, 13. Febr. In den Ruhestand. Der verdienstvolle Leiter und Vorstand der hiesigen Weinbauvereinsanstalt Prof. Dr. Reichner ist in den Ruhestand getreten.

Oberndorf a. N., 13. Febr. Gemeindefürsorge. Die Stadtgemeinde bringt durch die Bäckereien und den Konsumverein je 2 Pfund Brotmehl, 2 Pfund Roggenmehl und 5 Pfund Weizenmehl auf den Kopf der versorgungsberechtigten Haushaltungsmitglieder zum Gesamtpreis von je 5000 K zur Ausgabe.

Oberndorf, 13. Febr. Strenge Strafe. Die Bauersfrau Elisabeth Haberstroh vom Fohrenbühl bei Lauterbach wurde vom Schöffengericht zu 100 000 K Geldstrafe wegen Milchfälschung verurteilt. Die Haberstroh, die in guten Vermögensverhältnissen steht, hatte der Milch 21-28 Prozent Wasser zugefügt und sie bis zu 90 Prozent entrahmt.

Mergenthal, 13. Febr. Schurkenstreich. An dem im vergangenen Jahr aufgestellten Erinnerungsdenkmal in Mergenthal wurden an einem sterbenden Krieger eine Hand und das Gewehr abgeschlagen.

Kottbus, 13. Febr. Kataklysmus. Die Synode der Eideschlosser haben auf Antrag des Kardinalbischofs von Prag beschlossen, für die deutschen Schulen ihrer Diözese den neuen Rottenburger Katechismus einzuführen.

Karlsruhe, 13. Febr. Nach einem heftigen Wortwechsel mit der Chefrau eines Kollegen erschloß ein hiesiger Beamter die Frau und dann sich selbst.



Stillingen, 13. Febr. Im Auftrag der badiſchen Regierung hat das Liebesheimunternehmen Brauchsal-Waldt Boblungen nach Erdöl hinter der ehemaligen Kaſerne begonnen.

## Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 14. Februar 1923.

### Neuaufnahme ins Seminar und Umgestaltung zur höheren Schule mit Reifeprüfung.

Es scheint nicht genügend beachtet worden zu sein, daß die Neuaufnahme ins Seminar im Frühjahr 1923 etwas wesentlich anderes ist als bisher. Das Seminar wird zur höheren Schule, die bis zur Reifeprüfung führt und in der natürlich auch die mittlere Reife (das Einjährig) erworben werden kann. Als akademischerbühnliche Fremdsprache wird vom Herbstjahr 1923 an Englisch gelehrt. Für die Neuaufnahme sind als neue Gesichtspunkte zu beachten:

1. Es können — ohne die bisherige besondere Vorbereitung — aufgenommen werden Knaben und Mädchen im Alter von 13—16 Jahren aus der Volksschule, der Mädchen-Volksschule, der Real- und Lateinschule.

2. Wer aufgenommen wird, muß nicht Lehrer werden, sondern kann ein anderes Studium wählen oder auch nur eine höhere Bildung bis zur Hochschulreife oder bis zum Einjährigen sich erwerben wollen.

3. Es können noch mehr als bisher Schüler aus der Stadt und der Umgebung eintreten, die mit dem Unterricht im Seminar befaßt sind.

4. Es können nun — wie in den anderen höheren Schulen — auch Mädchen am Unterricht teilnehmen.

5. Es können — wie in den anderen höheren Schulen — auch Angehörige anderer Konfessionen am Unterricht teilnehmen.

Dadurch eröffnen sich für Nagold und Umgebung ganz neue Bildungsmöglichkeiten. Die Anmeldungen sollen zwar schon bis zum 15. Februar beim Bezirkskollegium erfolgen; es ist aber damit zu rechnen, daß auch spätere Anmeldungen noch berücksichtigt werden. — Zu weiteren Auskünften sind das Bezirkskollegium und die Lehrer des Seminars zu befragen. Um der Wichtigkeit der Sache willen, wäre eine gemeinsame Besprechung der Interessenten angezeigt. Ich schlage hierfür Donnerstag abend im Anschluß an den Vortrag von Prof. Wagner im Festsaal des Seminars vor. Professor A. Bauer.

Die neuen Postgebühren. Der Reichsrat hat der Veroppelung der Postgebühren ab 1. März zugestimmt. Die Postverkehrsgebühr für den Fernverkehr wurde auf 40 Mark festgelegt.

Verbot des Tragens politischer Abzeichen im Dienst. Da das Tragen politischer Abzeichen im Dienst durch Beamte zu unerwünschten Auseinandersetzungen, hauptsächlich im Schulverkehr mit dem Publikum geführt hat, ist seitens des Reichspostministeriums Veranlassung genommen worden, das Tragen derartiger Abzeichen (Hakenkreuz, Sowjetstern, farbige Scherenscheren usw.) zu untersagen.

L.C. Scherenscheren. Die Referenzen im Oberland werden seit der neuesten Preissteigerung auf dem Festmarkt von härteren geradezu überlaufen. Bis von Pfingsten her kommen sie und wissen in beweglichen Werten die Postage der Städtler zu schildern und die Unmöglichkeit, bei den heute geltenden Butterpreisen noch Butter zu kaufen. Nur selten werden die andringlichen Personen abgewiesen. Der Erfolg einer Lagerbestellung ist oft ein Butterbrot von einem Zentner. Diese Butter wird aber keineswegs den armen Leuten in den Städten im billigen Preis zugeführt, sondern sie wird zu jeweiligem Tagespreis auf den Markt gebracht. So können an einem Zentner solcher Butter bis zu 200 000 Mark Erlös verdient werden. Diesem wilden Handel wäre mit allen Mitteln die Lebensfähigkeit zu unterbinden.

Neuer die Dauer der Verrechnungsberechnung der Appenweier werden in der nächst kommenden Sitzung am 13. Febr. Personenzug 774 Horb ab 1<sup>00</sup> Zübingen an 2<sup>00</sup> und Personenzug 779 Zübingen ab 3<sup>00</sup> Horb an 4<sup>00</sup>.

### Ruhrspende.

Stillingen. Für die Ruhrhilfe wurde die schöne Summe von 112 310  $\mathcal{M}$  gesammelt.

### Befehungskosten einst und jetzt.

Die Befehung Frankreichs nach Beendigung des Deutsch-französischen Krieges von 1870/71 begann am 3. März 1871 und endete nach einer Dauer von 30 1/2 Monaten am 16. September 1873. Sie umfaßte in dem Gebiet zwischen dem linken Rheinufer und der französischen Ostgrenze zunächst 19 Departements. Von dem Eingekommenen Deutschlands bei dem Berliner Vertrag vom 12. Oktober war die Befehung schon Anfang November 1871, das heißt vier Monate, bevor Frankreich die ersten zwei Milliarden der Kriegsschuld vollständig bezahlt hatte, auf die sechs Departements und das Gebiet von Belfort beschränkt und die Befehungskräfte auf 50 000 Mann und 16 000 Pferde herabgesetzt. Die gesamten Kosten für die deutsche Befehung betragen 340 737 500 Franken. Im Durchschnitt fielen auf einen Mann der Befehungsstruppen monatlich 101 Franken oder täglich 3,31 Franken. Verteilt man die Gesamtkosten der Befehung auf die damalige Einwohnerzahl Frankreichs, so kommt auf den Kopf der sehr geringe Betrag von 9,43 Fr.

Betrachtet man nun die Kosten für die französische Befehung des deutschen Gebiets für einen gleichen Zeitraum, vom Tag des Waffenstillstands bis zum 31. März 1921 ohne Berücksichtigung des Sanktionsgebiets, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Um einen genauen Vergleich herzustellen zu können, muß man natürlich diese Befehungskosten ebenfalls in Goldfranken umrechnen. In der angegebenen Zeit betragen sie jedoch nur 28 Monate für 20 1/2 Monate, d. h. für die gleiche Zeit wie die deutsche Befehung nach 1871 dauerte, ergibt das 6 024 497 057 Goldfranken. Auf den Kopf der Befehungsstruppen entfallen heute monatlich 1097, oder täglich 37,14 Franken. Dies ergibt gegenüber den Befehungskosten von 1871/73 eine Mehrsumme von 906 Franken monatlich oder 33,83 Franken täglich für jeden einzelnen Soldaten. Die Gesamtkosten der Rheinlandbefehung übersteigen demnach die Kosten der Befehung Frankreichs nach dem Kriege 1870/71 für den Mann

und den Tag um das 11,2fache, während die Gesamtkosten sogar 17,6 mal größer sind.

## Allerlei

Ein Milliardenprojekt. Prinz Friedrich Leopold von Preußen hat ein Vermögen in Lugano (Schweiz), auf dem er sich gesundheitshalber in den Jahren 1920 und 1921 aufhielt. Im März 1921 beschloß er die damalige sozialistische Finanzministerin in Preußen, Lüdemann, das ganze Privatvermögen des Prinzen, wodurch dieser in die größten Zahlungsschwierigkeiten geriet. Er mußte in der Schweiz Geld aufnehmen und die Gefahr stand vor der Tür, daß seine Vermögenswerte versteigert würden. Der Schweizer Bundesrat gab Vorstellungen beim Kassieramt in Lugano und die Reichsregierung legte dem jetzigen preussischen Finanzminister Dringend nahe, die Angelegenheit zu ordnen. Der Minister erklärte sich dazu bereit. Die Verbindlichkeiten betragen rund 1,6 Millionen Schweizer Franken, nach dem damaligen Kurs etwa 16 Millionen Mark. Diese Summe wurde von der preussischen Staatsbank an die Schweizer Gläubiger ausbezahlt, wofür das Vermögen des Prinzen käufte. Am 15. Juli 1922 erhielt er von der Staatsbank den Bericht, nach dem die Schuld mit Zinsen auf 18 Millionen Mark angefallen war. Der Prinz erbot sich, die Summe sofort zu bezahlen, wenn ihm die geplünderten Güter und Anteile zurückergeben werden. Nach mühseligen Verhandlungen schloß man aber der Finanzminister nicht 18 Millionen Mark, sondern 1,6 Millionen Schweizer Franken. Der Franken war inzwischen um rund das Tausendfache gestiegen, so daß die Schuld 12 Milliarden betragen hätte. Der Prinz fragte gegen den Finanzminister. Die Rechtsgutachten, die von Unversität eingeholt wurden, erklärten, der Prinz habe das Darlehen des preussischen Staats in deutscher Mark erhalten und der Finanzminister habe dies durch Verberingung des Kontauszugs der Staatsbank selbst zugegeben. Es verlor gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten, wenn nun statt der gegebenen Mark Schweizer Franken verlangt werden, um einen ungerechtfertigten Gewinn von fast 12 Milliarden Mark zu machen. Das Gericht verurteilte den Finanzminister zur Anerkennung, daß nur der Markbetrag zurückverlangt sei. Die Projektionen wurden dem Staat auferlegt.

Die Kirchenrolle in Sachsen. Von den rund 100 Pfarrern in Dresden sind schon mehr als 20 in Banken und kaufmännischen Kontoren, einer als Fabrikarbeiter beschäftigt. Sie können ihre geistlichen Obliegenheiten nur noch im Nebenamt ausüben. Im übrigen Teil des Landes ist der Prozentfuß noch höher.

Ein Strohhalm soll, wie neulich ein Statistiker herausgerechnet hat, bei den gegenwärtigen Futtermittelpreisen eine Papiermühle kosten.

Kein Starbierauschank in München. Die bayerischen Brauereien sind Mißbilligung überreingekommen, wegen der Schwere der Zeit kein Bier Starbierauschank zu verkaufen. Das bereits eingebraute Starbier, darunter auch das Solvatorbier wird der Ausfuhr überlassen werden.

Zugunglück. Freitag früh gegen 3 Uhr hat der D-Zug 78 Altona-Bahnhof bei Bremen an der Leine zwischen Hannover und Göttingen das Holzhäuser überfahren und ist glücklicherweise mit fort verminderter Geschwindigkeit auf eine Rangierabteilung des Güterzuges 8337 gestoppt. Beide Lokomotiven sind eingeknickt und wurden stark beschädigt. Der Lokomotivführer und der Schloßwagenführer wurden schwer verletzt. Sonst ist nur noch eine Person leicht verletzt worden. Der Zugverkehr erlitt einige Verzögerung.

Menschenfang. In Ottumma (Sachsen) wurde wieder ein junger Mann abends auf der Straße durch Lieberwerfen eines Tuchs bedaubt und in einem Kraftwagen entführt. Er erwachte in einem Strohhalm bei Liebertsdorf.

Der Islam in Deutschland. Während des Krieges wurde im Gefangenenlager in Binndorf bei Berlin für mohammedanische Kriegsgefangene eine Moschee erbaut. Im Anschluß daran hat sich jetzt in Berlin selbst eine „Kampfgemeinde“ als Mittelpunkt für die Verbreitung des Islam zusammengeschlossen. Diesem Zweck dient eine von dem Vorstand Prof. Jabbar Akberi aus Delhi herausgegebene Zeitschrift „Islam, ein Wegweiser zur Rettung und zum Wiederaufbau“.

Die Heringsfänge in der Lübecker Bucht, die anfangs voriger Woche einsetzten, sind nur von kurzer Dauer gewesen. Der nach Südosten ungerichtete Wind hat die Schwärme in die See getrieben. Es wurden aber Riesenfänge gemacht, so an einem Tag 700 000 Pfund, die einen Wert bis zu 350 Millionen Mark erbrachten. Zu diesen Riesenfängen stehen leider die im Kleinhandel geforderten Preise in einem traurigen Verhältnis. Es wurden für das Pfund 600—650  $\mathcal{M}$  gefordert, und nun ist der Preis schon auf 800  $\mathcal{M}$  gestiegen.

Ländereverlöcher. Auf Veranlassung der Reisenden im Schnellzug Hannover—Berlin wurden der im Zug befindliche Schlosser Bruno Peter aus Spreewald und der Ingenieur Reinhold Brandt aus Mariendorf verhaftet. Sie hatten unter den Reisenden für Frankreich und die Ruhrbefehung Sammlung zu machen versucht. Solche bezahlte Spionage schloß die französische Regierung zu Hunderten im Reich herum. In Altona wurde ein Spion von dem empörten Publikum furchtbar verhöhnt und auf die Postkammer gebracht.

Preßvergehen. Wegen eines Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik, begangen durch Veröffentlichung von zwei Artikeln in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ wurden vom Schwurgericht die Redakteure Albert Schreiner und Max Hammer zu 6 bzw. 4 1/2 Monaten Gefängnis, sowie zu je 100 000  $\mathcal{M}$  Geldstrafe verurteilt.

## Handelsnachrichten

Dollarkurs am 13. Februar: 28 320,00 (28 371,20). 1 Pfd. Sterling 129 675, 100 Doll. Ostindien 1 002 200, 100 Schilling 521 196  $\mathcal{M}$ , 100 russisch. Franken 170 821, 100 Belg. Franken 150 871, 100 Ital. Lire 133 665, 100 Skott. Kronen 32,31, 100 Schwed. Kronen 82 283, 100 poln. Mark 20  $\mathcal{M}$ .

Der deutsche Wuchenzins. Nach Mittelnahmen des Reichsbankrates beträgt schätzungsweise im Jahr 1922 der Wert des Einfuhr nach Deutschland 6,2 Milliarden, derjenige der Ausfuhr 4 Milliarden Goldmark. Die Handelsbilanz von 1922 ist daher mit fast 2 1/2 Milliarden Goldmark passiv.

Die Reichsbank hat beabsichtigt wieder eine Kapitalerhöhung um 300 Millionen Mark, die von den Orländern Reichsbank, Württemberg und Baden und Firma Bruchmann-Gesellschaft übernommen werden. Die letzte Kapitalerhöhung von 300 auf 500 Millionen Mark fand im Juni 1922 statt.

Die Zigarettensteuer hat von April bis Ende Dezember 1922 17,2 Milliarden Mark eingebracht, 61 Prozent über den Voraussatz des ganzen Jahres.

Der Rindviehmarkt sollte neue Bruttopreise fest. Die für Ostpreußen 3 852 000  $\mathcal{M}$ , für Ostpreußen 1 790 000  $\mathcal{M}$  und für Ostpreußen (4 1/2 Fuß normal) 1 792 500  $\mathcal{M}$  betragen.

Die neuen Eisenpreise in Süddeutschland. Die Süddeutsche Eisenwerke (Mannheim) verzeichnen als neue Lagerpreise ab 7. Februar je 1 Kilo Formeisen (je nach in Mark): 1455—1580 (S. M. Lagerpreis 246), Stabstahl 1500—1564 (250), Unte. 1828—1712 (272), Bandstahl 1798—1882 (272), Gießblech 1607—1770 (290), Ritzblech 1890—1974 (298), Feinblech 2145—2229 (298), unter 1 Millimeter 2256 bis 2317 (302); Ueberpreise 1000 v. S. Kaufschlag.

Neue Erhöhung der Zementpreise. Die Verhandlungen der Zementwerke wegen Neuauflösung der Zementwerke sind Ende der vorigen Woche nach der „Köln. Ztg.“ zu keinem Abschluß gelangt, da der Reichswirtschaftsminister gewisse Ansprüche geltend machte. Man erwartet nunmehr Anfang dieser Woche den Abschluß der Verhandlungen. Es wird mit einer Erhöhung um schätzungsweise 750 000  $\mathcal{M}$  für 10 Tonnen gerechnet.

Die Kollpreise werden nachträglich erhöht.

Weizenmehlpreise der Südde. Mühlenvereinigung am 13. Febr.: 200 000  $\mathcal{M}$  die 100 Kilo.

## Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt, 13. Febr. Dem Dienstagmarkt im Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 40 Ochsen, 27 Bullen, 110 Jungbullen, 213 Jungstiere, 313 Kühe, 365 Kälber, 428 Schweine, 8 Schafe, 4 Ferkel. Anverkauft wurden: 7 Kühe und 103 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: in 1000  $\mathcal{M}$ : Ochsen 1. 225—245 (letzter Markt: 180—190), 2. 170—210 (130 bis 170); Bullen 1. 195—210 (155—170), 2. 170—188 (130—150); Jungbullen 1. 220—245 (180—190), 2. 185—210 (155—170), 3. 155 bis 175 (130—150); Kühe 1. 155—175 (130—145), 2. 125—150 (102 bis 125), 3. 155—175 (70—90); Kälber 1. 265—290 (195—200), 2. 258 bis 260 (175—185), 3. 220—245 (150—170); Schweine 1. 280 bis 300 (280—300), 2. 255—270 (265—275), 3. 215—230 (230—260). Verlauf des Marktes: Bei Großvieh und Kälber lebhaft, bei Schweinen launisch.

Neue Schafweide. Die Gemeinde Neuchâterach (Baden) erstirbt für die Schafweide nahezu 6 Millionen Mark.

## Turnen, Spiel und Sport.

Sportverein Nagold II — Sportverein Horb 1:3:0 (1:0). Nach mehrwöchiger Ruhepause trat der Sportverein wieder auf den Plan. Bei verhältnismäßig guten Bodenverhältnissen entwickelte sich nach Anspiel Horbs vorzeitig Feldspiel. Allmählich wurde das Spiel mehr in Horb Hälfte verlegt. Viele wohlgemeinte Schüsse gingen aber oder knapp neben das Tor, oder sie wurden vom Torwart gehalten. Endlich nach unersahrl. 1/2 Stunde Spielzeit gelang es dem Halblinken Nagolds nach Umspielen der Verteidigung durch schönen Flachschuß das 1. Tor zu erzielen. Kurz nachher machte Horb seinen ersten Besuch beim Nagolder Tor, doch konnte der Torwart Nagolds durch Passabwehr die Lage klären. Gleich nach Halbzeit setzte Nagolds Halbrechter hinter einem zurückgespielten Ball her und schob ihn zum 2. Tor am herabgelassenen Torwart vorbei ein. Nur verzinst konnte die Horber noch vor Nagolds Tor kommen, während der Halblinke Nagolds die Torzahl auf 3 erhöhte. Nagold hat verdient gewonnen.

## Neue Nachrichten

### 30 Milliarden Kredit für den Zuckerrübenanbau

Berlin, 13. Febr. Um zu vermeiden, daß in diesem Jahr die Zuckerrübenanbaufische in Deutschland geringer werde, beschloß das Reich, einen vorläufigen Betrag von 30 Milliarden Mark für die Zuckerrübenanbau bereitzustellen. Die Zwangswirtschaft bedingt es, daß der Zucker in gewissen Mengen in den Zuckerrüben lagert. Die Zuckerrübenanbauer sehen sich außerhande, die Zuckerrübenlandwirte zu bezahlen, und diese drohen mit einer Beschränkung der Anbaufläche für 1923. In den Kreisen der Zuckerindustrie erklärt man, daß mit einem Betrag von 30 Milliarden nicht gebiet sei.

### Frankreich gegen die Abrüstung

Genf, 13. Febr. Der Völkerbundsausschuß für Abrüstungsbeschränkung hielt in voriger Woche eine öffentliche Sitzung ab, in der über den Abrüstungsplan des Engländers Cecil Bernart wurde. Frankreich und Italien lehnten die Vorläufige Schatz ab. Viviani erklärte, Frankreich werde niemals einwilligen, da es von Deutschland bedroht sei, das im Friedensvertrag selbst zugegeben habe, daß es am Krieg schuld sei. Viviani reiste nach Paris ab. Gestern fand eine weitere geheime Sitzung ohne Viviani statt.

### Viel Geshrei und wenig Wolle.

London, 13. Febr. Die Wäffer schreiben, bei der neuen Sitzung des Unterhauses am Montag erwarde man große politische Redeschlachten. Anßer der Arbeitslosenfrage werde die britische Politik gegenüber der Befehung des Ruhrgebiets, die Kriegsschuldfrage, die Beziehungen Englands zu Frankreich, das Scheitern der Friedenskonferenz in Lausanne, die Beziehungen zur Türkei, Rußland, das Schuldensyndikat mit den Vereinigten Staaten u. a. zur Sprache gebracht. Der Arbeiterführer Ramsay MacDonald werde einen harten Kampf gegen die politische Uebermacht führen. Bonar Law werde Erklärungen über das französische Vorgehen im Ruhrgebiet, die Entschädigungen, die Verbandschulden und die Orientfrage abgeben.

Macdonald sagte in einer Volksrede, eine der wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit in England sei die Entschädigungsfrage. Die Arbeiterpartei werde im Parlament eingreifen, nicht um Frankreich zu bekämpfen, sondern um das Parlament zu überzeugen, daß die Politik der Arbeiterpartei allein Europa und Amerika aus den Schwierigkeiten retten könne.

### Der Reichspräsident in Mannheim

Mannheim, 13. Febr. Der Reichspräsident, die Reichsminister Dezer und Dr. Albert und Staatspräsident Remmel sind heute normitt. 10 Uhr im hiesigen Rathaus eingetroffen.

## Gedenket der Ruhrhilfe!



**Oberamtsstadt Nagold.**  
**Abgabe von Brotkarten**  
 am Donnerstag, 15. ds. Mts.  
 für A—K von vorm. 8—11 Uhr,  
 für L—Z von nachm. 2—5 Uhr.  
 Die Abholzeiten müssen genau eingehalten werden, die Karten müssen sofort nach Empfang nachgeprüft werden.  
 Den 13. Februar 1923.  
 Stadtschultheißenamt.

**Ebershardt.**  
**Nadelstammholz=**  
**Verkauf.**  
 Am Samstag den 17. Februar 1923  
 nachmittags 2 Uhr  
 werden auf hiesigem  
 Rathaus verkauft:  
 aus Waldteil Föhret  
 Abt. 1.  
 808 Nr. 1:  
 von Nr. 187—273 . . 96,17 Ftm.  
 Waldteil Föhret Abt. 3 808 Nr. 2:  
 von Nr. 274—362 . . 77,28 Ftm.

Langholz im Submissionsweg der neuen Forstzugspreise. Angebote sind bis zur genannten Zeit auf die einzulassen Lose getrennt beim Schultheißenamt einzureichen, wo die Verkaufsbedingungen eingesehen werden können.  
 Anschließend hieran kommen aus genannten Waldungen zum Verkauf:  
 8 Stück Bauftangen I. Klasse  
 19 Stück Bauftangen II. Klasse  
 56 Stück Hagftangen I. Klasse.  
 Beschauer sind eingeladen.  
 Den 12. Febr. 1923. Gemeinderat.

**Bödingen.**  
 Am Samstag, den  
 17. Febr. nachm. 1 Uhr  
 kommt aus dem Gemeindefeld Hächter-  
 bach 389  
 17 Ftm. Langh. II.-V. Kl.  
 im Submissionsweg der neuesten Forstzugs zum Verkauf Angebote sind bis zur genannten Zeit beim Schultheißenamt einzureichen. Zuschlag vorbehalten.  
 Gemeinderat.

**Nagold und Umgebung.**  
**Achtung, Augen auf, es eilt!**  
 Wir sind da und bezahlen Preise, die Ihnen niemand bieten kann, deshalb muß alles kommen. da wir für  
 schöne Lumpen bis zu Mk. 300  
 Wollgestricktes „ 800 je per Kilo  
 Knochen „ 70  
 außerdem Altmetall zu den höchsten Tagespreisen bezahlen. Wir machen Sie nochmals auf unsere vorher. Anzeige aufmerksam.  
 Jedermann wird reell bedient, jedermann ist zufrieden.  
 Deshalb kommt, jetzt ist es noch Zeit.  
 Wir sind noch bis Donnerstag da, schenken Sie uns das Vertrauen und hören Sie nicht auf die Konkurrenz.  
 Hochachtend  
**Griibele & Schlösser, Rohprodukte**  
**Stuttgart.**

**Verloren**  
 ging am  
 Samstag  
 Nachmittag  
 auf dem Weg  
 von Fiehs-  
 hausen nach Unterfarn-  
 dorf eine leichte  
 392  
**Wagenwinde.**  
 Abgegeben gegen Be-  
 lohnung bei Klink zum  
 Sonne Haterbach oder  
 Gebr. Theurer, Nagold.

**Nagold. 373**  
**Löwenlichtspiele.**  
 Mittwoch u. Donnerstag  
 abend 8.15

**„Der Kampf  
 um die Heimat“  
 und  
 „Das Vaterland  
 ruft in Not“.**

Mindesteintrittspreis 200 Mk.  
 für Kinder 20 Mk.  
**Kinder-Vorstellung**  
 [Mittwoch bis Freitag]  
 mittags von 3 Uhr ab.  
 Der Gesamterlös ist für  
 die Ruhestiftung und die  
 Alten und Armen in  
 Nagold bestimmt.

**Ehe Sie einen  
 Rauchkasten**  
 kaufen,  
 ver-  
 langen  
 Sie  
 Prospekt  
 387  
 von  
**Joh. Werner, Nagold**  
 Bahnhofstr.

**Allgem. Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Nagold.**  
 Auf Grund Reichsgesetzes vom 2. 2. 1923 hat der dazu ermächtigte Ausschuss beschlossen, die seit 1. 1. 1923 gültige Stufeneinteilung in der Krankenversicherung mit Wirkung vom 12. 2. 1923 an durch folgende weitere Stufen zu ergänzen:

Stufe	Täglicher Arbeitsverdienst	Grundlohn	Beitrag zur Krankenverf.		Kranken- geld täglich	Sterbegeld	
			Wochenbeitrag	Anteil des Arbeits- gebers 1/2 Arbeits- nehmers 1/2			
X	von 1590 M bis 1800 M	1800	810	270	540	900	36 000
XI	„ 1801 „ „ 2400 „	2400	1080	360	720	1200	48 000
XII	„ 2401 „ „ 3000 „	3000	1350	450	900	1500	60 000
XIII	über 3001 „	3600	1620	540	1080	1800	72 000

Das Mindeststerbegeld wurde auf 6000 M festgesetzt. Die Vorleistungen nach Stufe I—X sind am 12. Februar in Kraft getreten, während diejenigen der neuen Stufen XI—XIII zufolge des obigen Reichsges. erst vom 26. Februar an gewährt werden. (Die Vorleistungen für die Zeit vom 12. bis 25. Februar werden nach den vor dem 12. Februar maßgebenden Grundlöhnen berechnet.)  
 Die Arbeitgeber sind verpflichtet, innerhalb einer Woche die Löhne bzw. Gehälter derjenigen Versicherten der Krankenkasse anzuzeigen, die mehr als 1800 M. pro Tag verdienen. Soweit Renditeerträge in den Löhnen etc. unter 1800 M. eingerechnet sind, müssen auch diese gemeldet werden. Existiert ein Arbeitgeber trotz Aufforderung des Ausschusses die Meldung nicht fristgerecht, so kann für seine Versicherten der Ausschuss bis zur ordnungsmäßigen Meldung den Grundlohn in der Höhe festlegen, die für Versicherte der gleichen Art in Betrieben gleicher Art gilt, und, ohne Pflicht zur Rückzahlung, die entsprechenden Beiträge erheben.  
 Neue Tabellen werden nicht ausgegeben.  
 Nagold, den 13. Febr. 1923.  
 Verf. des Vorstands: (reg.) J. a.  
 Verwalter: (reg.) B. a.

**Landwirte Achtung!**  
**Dungkalk!**

Von meinem Rathwerk Pfrondorf kann von jetzt ab 95%iger Düngerkalk bezogen werden. Derselbe ist von der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Hohenheim als ausgezeichnetester Düngerkalk nach den gemachten Versuchen empfohlen worden.  
 Auftragsstelle: Direkt an der Landstraße Nagold-Widdberg.  
 395 Bauwertmeister Hausler.

**Nagold. 391**  
**Für Schreinerien!**  
**la. Abziehsteine**  
 (belgische Brocken)  
 sind eingetroffen bei  
**Otto Kappler.**  
 Es gelangt für  
 Messer u. Stahlwaren.

**Welmert, Althändler,**  
**Pfrondorf**  
 356 geht für  
**gemischte Lumpen**  
 150 M pro Rq.  
**für wollgestrickte**  
 500 M pro Rq.  
 Derselbe verkauft auch  
**sämtl. Eisen von**  
**einem Feberwagen.**

**Sobald Geld**  
 390  
 Wir kaufen jeden Posten  
**Möbel**  
 gegen sofortige Bezahlung  
 u. erlösen Angebote.  
**Heinr. Besandörfer & Co.**  
 Stuttgart, Obere Bachstr. 3.

**Alle Musik-Instrumente**  
 für Haus u. Orchester, von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt  
 in reichster Auswahl  
**Musikhaus Gurth,**  
 Pforzheim, Leopoldstr. 17  
 Arkaden Kleidisch, Rosbrücke.  
 Reparaturen u. Stimmes Leigen Werkstätte.

**Billigster Ersatz für Schiefertafeln**  
 sind  
**Schiefer-Schreib-Hefte**  
 D. R. G. M. Nr. 687 619.  
 Bestes und billigstes Lehrmaterial für Schulkinder der unteren Lehrstufen, weil unzerbrechlich und leicht handlich.  
 Vorrätig bei  
**G. W. ZAISER, Buchhandlg., NAGOLD.**

**Nagold, den 13. Febr. 1923.**  
  
 Verwandten Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe gute Mutter  
**Anna Dürr, geb. Rauser**  
 heute nach 2 Uhr nach langem schwerem Leiden im Alter von 45 1/2 Jahren im Krankenhaus sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
 Die schwergeprüften Kinder  
**Hugo und Otto.**  
 393  
 Beerdigung Donnerstag mittags 1 1/2 Uhr vom Bestattungshaus an d.

**Ausnahmeangebot.**  
 Habe ca. **80 000 St. Kunststeine**  
 12/14/25 und 10/12/25 abzugeben. 394  
 Näheres bei  
**Süddeutsche Kunststeinwerke**  
**G. Hausler Pfrondorf.**

**Ein jüngeres Mädchen**  
 wird zum sofortigen Eintritt für Haushaltung und kleinere Landwirtschaft  
**gesucht.**  
 Angebote unter Nr. 397 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Gesucht**  
 wird nach Pforzheim ein zuverlässiges  
**Mädchen**  
 aus gutem Hause mit etwas Kochkenntnissen. Gute Behandlung sowie hoher Lohn zugesichert.  
 Nähere Auskunft erteilt  
**Max Theurer, Nagold.**

**Ein fleißiges junges**  
**Mädchen**  
 wird zum sofortigen Eintritt von einer kinderlosen Familie gesucht. Lohn nach Uebereinkunft.  
 Angebote unter B. Nr. 384 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

**Felsenhäuser.**  
 Eine 391  
  
**Ruh,**  
 37 Wochen trächtig mit dem 2. Kalb, wegen Fattermangel zu verkaufen  
**J. Scholder Witwe.**